

Kompromissvorschlag im Steinbruch-Streit

Betreiberfirma des Enzberger Steinbruchs zeigt Alternativen zur geplanten Erweiterung auf – Bürgerinitiative will über Vorschlag beraten

BÄRBEL SCHIERLING | MÜHLACKER

Für Mühlackers Bürgermeister Winfried Abicht und Dirk Büscher, Direktor des Regionalverbandes Nordschwarzwald, ist es „ein Vorschlag, über den man nachdenken sollte“. Für Heinz Mühleisen von der Bürgerinitiative „Steinbruch-erweiterung Enzberg? Nein Danke!“ ist der Kompromissvorschlag der Betreiberfirma Natursteinwerke im Nordschwarzwald (NSN)

„nebulös“. Bei einem Treffen des Arbeitskreises „Steinbruch“ ist am Dienstag eine neue Variante für die Erweiterung des Steinbruchs in Enzberg ins Spiel gebracht worden. Im Arbeitskreis sitzen Vertreter der Regionalverbandsfraktionen, der Bürgerinitiative (BI) gegen die Erweiterung, des Steinbruchbetreibers und der Stadt.

Der Kompromiss sieht vor, dass die bisher geplante Erweiterungsfläche von 15 Hektar auf fünf Hektar reduziert wird. Dafür sollen je-

doch im Gebiet „Hitzfeld“ auf der gegenüberliegenden Seite der Landesstraße weitere Flächen für den Abbau von Muschelkalk hinzukommen. Zudem will NSN nach einer Lösung suchen, um Kieselbronn, Dürrm und Enzberg vom Schwerlastverkehr zu entlasten.

Die BI will nun in einer Sitzung Anfang nächster Woche über diesen Vorschlag beraten. Heinz Mühleisen, Sprecher der BI, macht allerdings klar: „Wir haben bisher stets eindeutig Stellung bezogen.

Wir wollen keine Erweiterung des Steinbruchs. Und zwar gar keine“. Außerdem sei vieles an dem Vorschlag der Betreiberfirma auch noch unklar. So gebe es bisher keine konkreten Pläne, wie die Belastung durch den Schwerlastverkehr für die angrenzenden Gemeinden verringert werden könnte. „Es gibt nichts Detailliertes“, sagt Mühleisen. Das gelte auch für die geplante Erweiterungsfläche im Bereich „Hitzfeld“. „Es geht also um fünf Hektar plus x“, so der Sprecher der

BI. Man müsse zunächst genauer wissen, wie groß dieses x sei. Es wurde noch nicht über eine konkrete Größe gesprochen“, sagt Regionalverbandsdirektor Büscher. Er rechnet aber damit, dass es insgesamt bei einer Erweiterung um etwa 15 Hektar bleiben wird. Dennoch ist er der Meinung, dass alle Beteiligten nun „in Ruhe“ über die neue Variante nachdenken sollten. Denn um das Thema Rohstoffsicherung käme man nicht herum.